

17.08

**Bundesrat Günter Pröll** (FPÖ, Oberösterreich): Herr Präsident! Frau Staatssekretärin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Damen und Herren hier im Saal und vor den Bildschirmen! Die Regierung möchte das Lohn- und Sozialdumping bekämpfen und will damit die Probleme bei der Eintreibung von Strafen im Ausland beheben.

Die aktuelle Novellierung bestätigt unsere seinerzeitige freiheitliche Kritik an der Novelle des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes. Die in der Begründung zur Novelle angeführten Probleme zeigen, wie löchrig die Kontrollen mancher Regelungen sind. Da muss schärfer kontrolliert werden, und es wurde auch Zeit, den österreichischen Arbeitsmarkt, aber auch die österreichische Transportwirtschaft entsprechend vor Billigkonkurrenz zu schützen.

Es geht vor allem auch um Lohnsicherheit für die Arbeitnehmer, die hier in Österreich ordentlich angemeldet sind. Es geht aber auch um die Unternehmen, dass sie tatsächlich ihre Arbeitnehmer auch bei den Krankenkassen ordnungsgemäß anmelden und sie ordnungsgemäß entlohnen. Das ist für uns alle ein wichtiges und ein wesentliches Thema.

Es ist richtig, dass man hinschaut, wo man hinschauen muss. Das ist auch für den Wettbewerb wichtig. Mit dieser Novelle soll auch – ich hoffe es – der Amtsweg für die Behörden einfacher werden.

Wie bereits erwähnt sehe ich neben dem Lohn- und Sozialdumping, das ein riesengroßes Problem ist, eine zweite große Herausforderung, die Sie leider überhaupt nicht angehen beziehungsweise nicht sehen. Das sind die Scheinfirmen. Scheinunternehmen und organisierte Teilschwarzarbeit samt Sozialleistungsbetrug sind ein neues Businessmodell. Dagegen tun Sie zu wenig.

Gestern wurde im Ausschuss leider unser FPÖ-Entschließungsantrag von meiner Kollegin Andrea Schartel wie viele Oppositionsanträge wieder einmal vertagt. Danke an die SPÖ, die für die Annahme gestimmt hat.

Die Finanzverwaltung legte am 13. September ihre Leistungsbilanz bei der Bekämpfung des Sozialbetrugs und des Scheinfirmenunwesens in Österreich vor, und bei den rund 27 000 Kontrollen wurden 152 Scheinunternehmen aus dem Verkehr gezogen. Der Sozialleistungsbetrug verdoppelte sich. Ich bedanke mich daher bei den rund 450 Finanzpolizisten für ihre großartige und notwendige Arbeit. *(Beifall bei der FPÖ sowie der Bundesrätin **Schumann**.)*

Der Herr Minister hätte Zeit gehabt, intensiver hinzuschauen und früher Maßnahmen zu setzen, um gerade für Wiederholungstäter im Bereich des Scheinunternehmertums und des Sozialbetrugs die gesetzlichen Grundlagen zu verschärfen. Sie taten es nicht.

Im September können die Österreicher endlich zur Wahl gehen und eine Politik für das und vom Volk wählen. Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie das demokratische Ergebnis einer Wahl dann auch an! *(Beifall bei der FPÖ.)*

17.11

**Vizepräsident Mag. Franz Ebner:** Vielen Dank.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Maria Huber. Ich erteile ihr das Wort.